

Kandidatur für die Landesliste zur Wahl des 20. Deutschen Bundestages

Martina Renner

Geburtsdatum: 11.03.1967
Wohnort: Erfurt
Familienstand: verheiratet
Beruf bzw. ausgeübte Tätigkeit: Bundestagsabgeordnete



Beruflicher Werdegang/Kurzbiografie

Ich wuchs in Mainz auf und studierte unter anderem Philosophie und Biologie in Bremen. Nach dem Studium arbeitete ich als Referentin beim Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein und als Kulturmanagerin in einem Stadtteilkulturzentrum. Zu Beginn der 2000er Jahre zog ich nach Thüringen und war dort zunächst wissenschaftliche Mitarbeiterin unserer PDS-Fraktion. Seit 2009 durfte ich unsere Partei als Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag und seit 2013 im Deutschen Bundestag vertreten. Hier bin ich Sprecherin der Linksfraktion für antifaschistische Politik und ordentliches Mitglied im Innenausschuss. Außerdem bin ich derzeit Obfrau im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin, zuvor war ich in gleicher Funktion für die Linksfraktion Mitglied im Untersuchungsausschuss zum NSA Abhörskandal

Politische Kurzbiografie

Politisches Engagement ist Teil meines Lebens. Im Studium engagierte ich mich für internationale Solidarität und gegen Rassismus und Neonazis. 1998 trat ich in die PDS ein, war Mitglied des Bremer Landesvorstands und später des Erfurter Stadtvorstands. Seit 2018 bin ich stellvertretende Vorsitzende der unserer Partei. Ich bin Mitglied der VVN-BdA, bei ver.di und der RLS Thüringen. Als Teil von antifaschistischen Recherchestruckturen publiziere ich zu Themen von Neonazis bis Geheimdienste.

Beweggründe für die Kandidatur

Ich stehe für Antifaschismus und eine LINKE Innenpolitik. Dabei bedeutet Links nicht nur, dass wir die entschiedenste Gegnerin des Rechtsrucks zum Beispiel in Gestalt der AfD sind. Als Alleinstellungsmerkmal begreifen wir die unterschiedlichen Auseinandersetzungen unter einer sozialen Perspektive und verknüpfen sie mit der sozialen Frage. Der Ausbau von Überwachung und Repression ist nicht nur falsch, weil er die Freiheit und die Rechte der Menschen einschränkt, er ist auch die falsche Antwort auf soziale Verunsicherung. Der neoliberale Abbau des Sozialstaates hat bei vielen Menschen eine Erfahrung von Ohnmacht und Unsicherheit bewirkt und genau diese Gefühle sollen mit der geschürten Angst vor Kriminalität adressiert und mit der angebotenen „Inneren Sicherheit“ befriedet werden. Aber diese Antwort ist falsch, denn das eigentliche Problem sind soziale Ungleichheit, Armut und berechnete Abstiegsängste.

Diese Ungleichheit wurde in der Corona-Pandemie noch verschärft. Die einen haben ihre Gewinne vergrößert, viele haben noch weniger als zuvor. Die Regierung macht deutlich: für sie zählen die Profite der Konzerne mehr als das Leben der Menschen. Deshalb brauchen wir eine starke Linke auf den Straßen, Plätzen und im Parlament.

Im Entwurf unseres Parteivorstandes für unser Wahlprogramm machen wir vor allem deutlich: Die neoliberale Politik der Bundesregierung und der bürgerlichen Parteien ist nicht alternativlos. Wir benennen die Schwächen und machen konkret, dass soziale Veränderung möglich sein kann. Ich will gemeinsam mit Euch in einem kämpferischen Wahlkampf für unserer zentralen Forderungen werben: Mindestlohn von 13 Euro. Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn auf 30 Stunden pro Woche, eine Rentenversicherung für alle und einen abschlagsfreien Eintritt in die Rente ab 65, das Rentenniveau muss wieder auf 53% hochgesetzt werden und darf nicht weniger als 1200 Euro betragen. Dazu ein Steuerprogramm, das kleine und mittlere Einkommen entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Wir treten ein für eine einmalige Abgabe auf alle Vermögen über 2 Millionen Euro, um die Kosten der Corona-Krise zu bewältigen.

Selbstverständlich kämpfen wir auch weiterhin für gleiche Löhne und gleiche Renten in Ost und West. Wohnen muss bezahlbar sein und Familien Sicherheit geben, statt der Renditesteigerung von Investoren zu dienen. Friedenspolitik bleibt Markenkern. Waffenexporte sollen verboten werden und Auslandseinsätze der Bundeswehr wollen wir beenden. Den Rüstungshaushalt wollen wir jedes Jahr um 10 % senken.

Ich bitte Euch um Eure Unterstützung auch damit die LINKE weiterhin in der Auseinandersetzung mit der autoritären Rechtsentwicklung ohne wenn und aber in Parlament, Öffentlichkeit und Aktion vorantreibt. Um die extreme Rechte zu schwächen, braucht es mehr als Haltung. Dazu müssen wir einen kämpferischen Antifaschismus verkörpern und an unserer Expertise darf kein Weg vorbei gehen.

Den Opfern rechter und rassistischer Gewalt bleiben wir Anwältin. Gerade in Zeiten wachsender Gefahr einer bewaffneten und gewaltsuchenden extremen Rechten müssen wir antifaschistische Kümmererpartei mit Solidarität und praktischer Unterstützung sein.

Als erfolgreicher und starker Landesverband sollte sich die Thüringer LINKE auch in der Bundestagsfraktion unserer Partei repräsentieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir gerade in dieser Situation eine starke LINKE brauchen. Dazu möchte ich meinen Teil beitragen und hoffe auf eure Stimmen.